

G. Bieler

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

402

Wien, am Mittwoch, den 13. November 1929 Zweite Ausgabe

.....
Der Rechnungsabschluss für 1928. Der Wiener Stadtsenat setzte heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Seitz gemeinsam mit dem städtischen Finanzausschuss die Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss der Stadt Wien für 1928 fort. Zur Verhandlung gelangten die Verwaltungsgruppen für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform sowie für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung.

Den Bericht über die Verwaltungsgruppe für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform erstattete amtsführender Stadtrat Paul Speiser. Dazu sprachen die Stadträte Kunschak, Dr. Alma Motzko und Rummelhardt und die Gemeinderäte Binder und Zimmerl. Stadtrat Kunschak ersuchte um Aufklärung über die kürzlich gegen den amtsführenden Stadtrat Kokrda erhobenen Beschuldigungen. Den Prozess über die Währinger Wahlen besprechend, verlangt Stadtrat Kunschak die Suspendierung des angeklagten Amtsrates Mader, da dieser nach seinem eigenen Geständnis durch die fahrlässige Behandlung der Rekurse ein Dienstvergehen begangen habe. Schliesslich verweist Stadtrat Kunschak auf die Magistratsratferkenntnisse gegen die Siedler vom Bruckhäufen und erklärt, dass man mit einer solchen Strafpraxis nicht einverstanden sein könne. Stadtrat Dr. Alma Motzko spricht ebenfalls über das Bauverbot, das den Siedlern vom Bruckhäufen auferlegt worden ist. Der Bruckhäufen beherbergt heute schon über 400 Familien. Es sei höchste Zeit, diese dringende Angelegenheit endlich einmal ordnungsgemäss zu behandeln. Stadtrat Rummelhardt verlangt, dass die Personalverwaltung vollständig entpolitisiert werde, und führt Beschwerde über die Behandlung der Bezirksschulinspektoren. Er wirft ferner der Mehrheit des Gemeinderates vor, dass sie sich zu Unrecht eine Zweidrittelmehrheit nenne. Mit Rücksicht auf Wahlschwindeleien gebühre der Minorität moralisch ein grösserer Einfluss, als ihre Zahl besagt. Auf die Ausführungen der Stadträte Kunschak und Rummelhardt erwidert Bürgermeister Seitz. Zu der Frage der Suspendierung des Amtsrates Mader erklärt der Bürgermeister, dass zunächst das Ergebnis der Gerichtsverhandlung abgewartet werden müsse. Auf den Vorwurf des Amtsrates Rummelhardt, dass die Majorität des Gemeinderates nicht zurecht bestehe, entgegnet der Bürgermeister: Wenn die christlichsoziale Partei glaubt, dass ihr ein grösserer Einfluss gebühre, weil angebliche Ungehörigkeiten bei der Wahl vorgekommen sind, kann ich nur sagen: Wir sind **befreit**, sofort bei vollster Mitarbeit der Minderheit eine neue Wählerliste anlegen und den Gemeinderat auflösen, das heisst, sofort Neuwahlen ausschreiben zu lassen. Man sagt ja immer, es bestehe eine Volksbewegung gegen die Sozialdemokraten, also gibt es nichts, als den Grundsatz einzuhalten "was fällt, muss gestossen werden" und Neuwahlen auszuschreiben. Hinsichtlich der gegen Stadtrat Kokrda erhobenen Beschuldigungen erklärt der Bürgermeister, dass diese Beschuldigungen an den Stadtrat Kokrda nicht heranreichen. Mit Rücksicht darauf jedoch, dass die Angriffe durch die Reichspost Verbreitung gefunden hatten, konnte man nur mit der gerichtlichen Klage antworten. Diese ist auch sofort erhoben worden. In der Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung sprachen die Stadträte Dr. Alma Motzko und Rummelhardt. Sie erhoben Beschwerde über die Behandlung der Altersfürsorgeerentner, der Vergebung der Spiel- und Eislaufplätze und über die Behandlung der im Lainzer Versorgungshaus untergebrachten Bürger. Nach kurzen Erwidierungen der Referenten werden die Ansätze der beiden Verwaltungsgruppen genehmigt.